

Im Gespräch mit Ansgar Klein über Bewegungen, Engagement und Demokratie

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE HANDLUNGS- RÄUME ALS LERNORTE DER DEMOKRATIE

DIE: Die Hochphase der sozialen Bewegungen in Deutschland war in den 1970er und 1980er Jahren, als es die so genannten »Neuen Sozialen Bewegungen« geschafft haben, hunderttausende Menschen zu mobilisieren und sich für Frieden oder Umweltschutz einzusetzen. Welche Rolle spielen soziale Bewegungen heute noch?

Klein: Die liberale Bewegung, die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung haben die Geschichte der Demokratisierung wesentlich geprägt. Auch zuvor gab es immer wieder historische soziale Bewegungen, die sich – wie die Bauernbewegung – gegen Missstände aufgelehnt haben. Nach der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und seinen barbarischen Folgen war ein positiver Bezug auf soziale Bewegungen zunächst gerade in Deutschland begründungsbedürftig, dieser ist aber spätestens mit den so genannten »Neuen Sozialen Bewegungen« gelungen. Allgemein spielen soziale Bewegungen in demokratischen Gesellschaften aber auch heute noch eine wichtige Rolle. Zwar stimmt es, dass die Zeit der links-libertären Massenmobilisierungen der Neuen Sozialen Bewegungen, wie wir sie in den 1970er und 1980er Jahren gesehen haben, vorbei ist. Doch auch heute noch schaffen es Bewegungen immer wieder, viele Menschen zu mobilisieren, auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen und politischen Einfluss zu nehmen – denken Sie beispielsweise an die Demonstrationen gegen den Irak-Krieg im Jahr 2003, die Montagsdemonstrationen in Folge der Hartz-Reformen oder auch die globalisierungskritische Bewegung die



PD Dr. Ansgar Klein ist Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Mitherausgeber des Forschungsjournal Soziale Bewegungen und der Buchreihe Bürgergesellschaft und Demokratie. Über die Aktualität von sozialen Bewegungen, Populismus und die Frage der »Bildung in und durch Bewegung« sprach mit ihm für die DIE-Redaktion **Jan Rohwerder**.

es geschafft hat, weltweit Menschen zu mobilisieren, um gegen eine enthemmte wirtschaftliche Globalisierung zu demonstrieren.

DIE: Aber das sind alles Bewegungen, die mit ihren politischen Zielen, nun ja, gescheitert sind.

Klein: So würde ich das nicht sagen. Zum einen ist der »Erfolg« von Bewegungen schwer zu messen. Ist der Atomausstieg in Deutschland der (späte) Erfolg der Umweltbewegung? Oder hätte es ihn angesichts der Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima auch ohne Umweltbewegung gegeben? Das ist unheimlich schwer zu sagen. Zum anderen vergisst man über der Frage des Erfolgs eine äußerst wichtige andere Funktion von Bewegungen: Sie sind Teil des politischen Diskurses, sie ermöglichen, auch außerhalb von Wahlen seine Meinung in den politischen Willensbildungsprozess einzuspeisen. Sie bieten also, und

das ist nicht zu unterschätzen, Möglichkeiten der politischen, gesellschaftlichen und vor allem: demokratischen Teilhabe. Der Ort der Bewegung in einer demokratischen Gesellschaft ist somit ein vielfältiger, und deshalb sowohl normativ als auch analytisch spannend. Gerade im Moment muss man aber sehr genau hingucken, da ja aktuell rechte und rechtspopulistische Bewegungen sehr präsent sind.

DIE: Das Aufkommen rechter und rechtspopulistischer Bewegungen bedeutet aber, dass das emanzipatorische Element, das in den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre ja ganz stark war, kein konstitutives Merkmal von Bewegungen ist.

Klein: Das stimmt. Wenn wir von Bewegungen reden, meinen wir in der Politischen Soziologie zunächst mobilisierungsfähige Gruppenzusammenhänge vernetzter Art. Und während in den 1960er und 1970er Jahren die links-libertären Bewegungen Defizite demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse aufzeigten und beheben wollten, wissen wir gerade in der deutschen Geschichte sehr genau, dass sich das Bewegungselement – beispielsweise im aktuellen Ausdruck des Rechtspopulismus – auch gegen die Demokratie verwenden lässt. Es gibt soziologisch gesprochen also viele »Bewegungsfamilien« in einem großen Feld von Bewegungen, die in vielfältiger Weise verbunden sind mit Parteien, mit Verbänden, mit der Öffentlichkeit.

DIE: Aber Bewegungen unterscheiden sich von Parteien und Verbänden. Sie sind keine Organisationen.

Klein: Das ist richtig. Bewegungen haben Organisationen, sind aber keine. Sie unterscheiden sich in vielem von anderen Phänomenen wie Parteien, die Mitglieder haben und Organisationen sind, die nach Ämtern im politischen System streben. Bewegungen haben Unterstützer, die politisch-gesellschaftliche Veränderungen anstreben und politische Entscheidungsprozesse beeinflussen wollen, aber eben nicht danach streben, qua Amt selbst Teil des Entscheidungsprozesses zu werden. Dass dies dann dennoch geschieht, haben nicht nur die Bürgerbewegungen Ostmitteleuropas nach 1989 gezeigt.

DIE: Und doch spielen Organisationen auch bei Bewegungen eine wichtige Rolle.

Klein: Ja, denn Bewegungen haben Organisationskerne – auch Protest muss organisiert sein, es müssen Ressourcen akquiriert, Öffentlichkeit erreicht und Personen vernetzt und mobilisiert werden. Darüber hinaus kommt es in Bewegungen zu Institutionalisierungsprozessen und Organisationsgründungen – die Entstehung der Partei Die Grünen beispielsweise ist eng mit der Umweltbewegung verbunden. Bewegungen beeinflussen aber auch bestehende Organisationen. Nehmen wir wieder die Umweltbewegung: Der Naturschutzbund Deutschland (NABU), ein sehr alter Vogelschutzbund, oder der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) haben sich durch den Einfluss der Umweltbewegung fortentwickelt und modernisiert. Sie sind so auch zu politischen Bewegungsorganisationen geworden. Es sind große Mitgliederorganisationen, die wissen, dass sie mobilisieren und durch diese Mobilisierungen für ihre Themen eintreten können. Gleichzeitig sind sie Orte der Expertise, es sind Expertenstäbe, das, was wir als advokatorische NGOs bezeichnen. Sie stellen den Bewegungen wichtige, alternative Wissensbestände zu Verfügung. Darüber wiederum können sich auch – aus den Bewegungen heraus oder zumindest stark beeinflusst durch die Bewegun-

gen – neue Organisationen entwickeln. Für die Umweltbewegung sind dies zum Beispiel das Freiburger Öko-Institut oder das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, die ohne Bewegung nicht entstanden wären und die für den Umweltdiskurs eminent wichtig sind. Hier werden also durch die Bewegungen Lern- und Diskursräume geschaffen.

DIE: In welchem Verhältnis stehen bürgerschaftliches Engagement, Zivilgesellschaft und Bewegungen?

Klein: Das Konzept der Zivilgesellschaft macht auf einen politischen Raum jenseits der Parteien aufmerksam. Das Konzept des »bürgerschaftlichen Engagements« wiederum verbindet systematisch Partizipation und Engagement und weitet zudem den Blick auf die ganze Breite und Vielfalt des Engagements. Bürgerschaftliches Engagement enthält Engagement in Bewegungen. Und das gilt für alle Bewegungen, egal welcher politischen Herkunft – ich denke, dass AfD- oder Pegida-Anhänger dies auch für sich reklamieren.

Zwischen normativem Konzept und zivilgesellschaftlicher Realität

Analytisch machen sie ja auch durchaus dasselbe: Sie mobilisieren, sie bringen Menschen auf die Straße für Themen und Anliegen – aber das ist ja nur formal gesprochen. Welche Themen? Welche Anliegen? In welcher Weise wird protestiert? Das unterscheidet die Bewegungen sehr deutlich voneinander. Roland Roth und andere haben schon früh auf die »dunklen Seiten der Zivilgesellschaft« hingewiesen, die in der Realität existieren, und die eben nicht dem normativen Modell von Zivilgesellschaft entsprechen, in dem Interaktionsnormen wie Toleranz, argumentatives Aufeinander-Beziehen, Perspektivwechselanforderungen zu den Standards gehören sollten.

DIE: Was sind diese »dunklen Seiten«?

Klein: In der zivilgesellschaftlichen Realität erleben wir auch Gewalt, Aus-

grenzungen, Feindbilder und Stereotypen. Dieses Auseinanderfallen von normativem Konzept und politischer Realität heißt aber auch, dass die scheinbar sehr abstrakte Wertedebatte ganz praktisch in Bewegungen und zum Selbstverständnis der Zivilgesellschaft geführt werden muss. Intoleranz, Hass und Gewalt gehören nicht zu den anerkannten Regeln der zivilgesellschaftlichen Praxis. Diese Maxime muss aber immer wieder in ihrer Geltung bestätigt werden. Die Frage nach der Bedeutung der Zivilgesellschaft und ihrer Werte stellt sich nicht nur national, sondern auch für Europa und seine Zukunft – gerade nach dem Austrittsvotum des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und angesichts deutlich sichtbarer Renationalisierungsprozesse und eines wachsenden Rechtspopulismus. Die Debatte über die Werte Europas aus Sicht der Zivilgesellschaft wollen wir etwa als Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement mit unseren Mitgliedern und Partnern führen und die 27 verbliebenen Mitglieder der EU zu ebendiesen Werten – Menschenrechte, soziale Bürgerrechte, europäische Flüchtlingspolitik usw. – parallel befragen und damit im Vorfeld der Europawahl 2019 einen Diskurs der Zivilgesellschaft über die Zukunft Europas anstoßen. Das ist wichtig, weil wir gerade jetzt im Moment Mobilisierungen erleben – auch getragen durch Social Media –, die, verbunden mit dem Diskurs der »Lügenpresse«, die Grundachsen unseres demokratischen Systems in Frage stellen. Das ist ein wachsendes Problem.

DIE: Können Sie das etwas weiter ausführen?

Klein: Nehmen wir zum Beispiel den Diskurs um direkte Demokratie – demokratiepolitisch ein wichtiges Thema, aber gerade auf nationaler und Europaebene hoch ambivalent. Die AfD beispielsweise hat direkte Demokratie zu ihrem Wahlkampfthema Nummer eins gemacht. Sie führt eine emotionalisierte Kommunikation mit Wutbürgern, um Zustimmung für populistische

Politik zu mobilisieren. Die Medien werden systematisch zur Skandalisierung genutzt, und die Rolle der Social Media für eine emotionalisierte und manipulierte Berichterstattung wächst. Das ist besorgniserregend. Ähnlich verfährt Donald Trump mit den Anfängen eines autoritativen Dekretismus, der die institutionelle Gewaltenteilung in den USA herausfordert – mitgetragen von einer rechtspopulistischen Bewegung und Gegenöffentlichkeit. Wir können auch in die Türkei schauen und auf die von Recep Tayyip Erdoğan geplanten Verfassungsreformen, oder demnächst vielleicht auch nach Frankreich. Überall dort geraten demokratische Prozesse der Willensbildung und Entscheidungsfindung durch populistische Politik unter Druck, und die Einsicht wächst, dass unsere Demokratien gefährdete Gebilde sind, für die sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv und auch leidenschaftlich einsetzen müssen.

»Angst und Sorge sind
Ausgangspunkt von
Lern- und Bildungsprozessen«

DIE: Nun ist aber Emotionalisierung nicht nur auf Seiten der Rechten zu finden. Gerade für soziale Bewegungen ist Emotionalisierung von Themen doch sehr wichtig, denn ohne Emotionalisierung keine Mobilisierung.

Klein: Das ist richtig. Mir geht es auch nicht darum, zu behaupten, dass Angst per se schlecht ist. Angst und Sorge sind oft wichtige Hinweise auf ernste Probleme sowie Ausgangspunkt von Lern- und Bildungsprozessen, auch von Veränderungswünschen. Wir haben beispielsweise durch die Anti-Atom-Bewegung sehr rationale Argumente gegen die Verwendung von Atomkraft bekommen, doch in den 1970ern hieß es, das seien ja alles Spinner. Nach Tschernobyl und Fukushima würde das keiner mehr behaupten. Angst ist nicht nur irrational, sondern der Eröffnungsschlüssel für deliberative Verfahren, die dann aus Angst rationale Argumente machen sollten. Ob das immer gelingt,



Protest gegen Castor-Transporte (Gorleben)

ist die eine Frage; aber ob das immer angestrebt wird, ist die andere – und das unterscheidet die Bewegungen voneinander. Linksliberale Bewegungen sind meiner Erfahrung nach zumeist – sicherlich auch nicht immer – der Beratung und der Argumentation offen. Diese Offenheit haben wir bei anderen Bewegungen, die mit emotionalisierten Argumenten und Feindbildern arbeiten oder in renationalisierten Figurationen denken, eher nicht. Und hier haben wir dann ein Problem, was dazu führen sollte, dieses mobile und dynamische Feld von demokratischen Gesellschaften genauer in den Blick zu nehmen, auch das, was in Lernprozessen vor sich geht.

DIE: Warum gerade Lernprozesse?

Klein: Im Grunde können wir schon seit der Arbeiterbewegung sehen: Alle sozialen Bewegungen haben eigene Orte der Auseinandersetzung darüber, wofür und wie gestritten wird. Die Arbeiterbewegung hat ihre Bildungsorte geschaffen, und das hat die Friedensbewegung auch, ebenso wie die Umweltbewegung oder die Frauenbewegung. In sozialen Bewegungen gibt es daher – übrigens auch heute – eine sehr wichtige

Bildungsdimension. Diese Bildungsdimension ist deshalb so wichtig, weil es darum geht, die Menschen gegen populistische Strömungen zu immunisieren und demokratische Werte in den je eigenen Erfahrungen und Haltungen tief zu verankern.

DIE: Wie sieht das in der politischen Realität aus?

Klein: Lange Zeit haben die Parteien das Monopol auf demokratische Willensbildung fälschlicherweise für sich beansprucht. Die Entscheidungsfindung in einer repräsentativen Demokratie muss parlamentarisch sein, kann aber partizipative Zugänge zur Meinungs- und Willensbildung ausbauen und für die Zivilgesellschaft öffnen. Angesichts der Risiken einer direktdemokratischen Instrumentalisierung des emotionalisierten Wutbürgers durch Populisten kommt es aber zum einen darauf an, direktdemokratische Verfahren so weit wie möglich diskursiv jenseits bloßer Ja/Nein-Entscheidungen zu entwickeln. Zum anderen müssen aber auch und gerade die Praxisfelder des bürgerschaftlichen Engagements mit ihrer Alltagserfahrung und Handlungsorientierung als Orte politischen Ler-

nens verstanden werden. Sie gilt es seitens der politischen Bildung noch sehr viel mehr in den Blick zu nehmen. Die politische Motivation der vielen Millionen Engagierten in Deutschland zeigt sich in Umfragen des Freiwilligen-surveys immer wieder in dem Ziel, mit dem eigenen praktischen Engagement die Gesellschaft zumindest im Kleinen verändern zu wollen. Dies ist sozusagen das mikropolitische, sozialraumorientierte Motiv des Engagements – ein Motiv, in dem praktische Betroffenheiten der Bürgerinnen und Bürger zu gesellschaftsgestaltenden Antworten führen können. Die dabei gemachten Erfahrungen im Umgang mit Konflikten, Institutionen und Medien bauen Brücken zu den zentralen Werten demokratischer Gesellschaften und bilden damit auch ein Gegengewicht gegen populistische, ausgrenzende Mobilisierungen und Heilsversprechen.

»Instrumentalisierung des emotionalisierten Wutbürgers«

DIE: Ist das eine Aufgabe auch für die politische Bildung?

Klein: Im bürgerschaftlichen Engagement zählt, wie wir aus der Demokratiepädagogik und der politischen Bildung und ihrer Didaktik wissen, die so genannte »Selbstwirksamkeit«. Immer dann, wenn ich in meinem persönlichen Engagement merke, dass ich Aufmerksamkeit generiere und dass ich praktisch wirksam werde, mache ich eine solche Selbstwirksamkeitserfahrung. Dann habe ich Lernprozesse, die handlungs- und erfahrungsbezogen sind. Die bilden dann auch die eigene Haltung zu politischen Werten! Das gilt auch für das soziale Engagement, das ja zunächst einmal nicht politisch ist, das aber, wie wir beispielsweise aus dem Selbsthilfeengagement wissen, ganz schnell eine politische Dimension bekommen kann. Die Welten eines mildtätigen und eines politischen Engagements verbinden sich in den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft in vielfältiger Weise.

Wenn wir aber nur handlungsentlastetes Lernen in schulischen, formalen Handlungsformaten haben und die non-formalen und informellen Bildungsdimensionen, die mit Selbstwirksamkeitserfahrungen einhergehen, in ihrer formativen Bedeutung für politische Haltungs- und Werteentwicklung unterschätzen, dann machen wir für die Zukunft der politischen Bildung einen Kapitalfehler. Der Beutelsbacher Konsens der politischen Bildung unterstreicht bereits die Bedeutung, nach Mitteln und Wegen für die Lernenden zu suchen, »die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen«. Diese Aufforderung macht den systematischen Einbezug der millionenfachen Erfahrungen von Engagierten in ihren Praxisfeldern seitens der politischen Bildung erforderlich. Vielleicht ist es ganz gut, den angelsächsischen Begriff der *civic education* für diese neuen Bedarfe zu verwenden und sich vorzustellen, wie es aussehen kann, wenn wir künftig in kommunalen Bildungslandschaften formales, non-formales und informelles Lernen synergetisch koppeln und politisches Wissen mit politischer Werte- und Haltungsentwicklung verbinden – unter Einbindung diverser Akteure, zu denen natürlich auch die Engagementsträger und die vielen Einrichtungen gehören, in

denen Engagierte tätig sind. Das halte ich für eine große Herausforderung und für eine aktuelle Aufgabe der politischen Bildung.

DIE: Das heißt, für Sie gehören Engagement und Bewegungen mit ihren non-formalen und informellen Bildungsprozessen und politische Bildung – oder genauer gesagt, Demokratiebildung – untrennbar zusammen.

Klein: Ja. Da spielt aber auch meine persönliche Geschichte eine Rolle, denn mein Vater war Mitbegründer der Bundeszentrale für politische Bildung. Ich habe diese Zusammenhänge also schon familiär sehr früh mitbekommen. Ich habe selber seit den 1970er Jahren, also schon als Schüler, auch als politischer Bildner gearbeitet, tue es heute noch und befinde mich als Geschäftsführer des BBE täglich in der Rolle des Diskursmoderators bei ganz unterschiedlichen Sichten auf Probleme und Themen. Dabei habe ich gelernt: Es sind immer die Erfahrungs- und Sozialraumbezüge, die dazu führen, dass Menschen, und vor allem junge Menschen, überhaupt ein Interesse für politische Institutionen entwickeln. Eine politische Institutionenkunde wird dann interessant, wenn ich eine Verbindung herstelle zwischen meinen Problemen und erforderlichen politischen Antworten. Wenn ich das nicht tue,



Eine freie und selbstorganisierte »Bibliothek« im Rahmen der Occupy-Proteste (New York)

ist der Weg offen für ein Establishment-Bashing, bei dem man sich zurücklehnen und die eigenen Stereotype wie in einem Wildwuchsgarten kultivieren kann. Anregender – und auch produktiver – ist es, verschiedene Perspektiven in einem praktisch motivierten Diskurs zu sehen und dabei auch zu lernen, wie wichtig es ist, gemeinsame Regeln der Interaktion zu haben – im politischen Raum und in den Räumen der Zivilgesellschaft.

»Haltung gewinnt man nur in Erfahrungs- und Handlungskontexten«

Mir ist mit der Zeit immer klarer geworden, dass man Haltung nur in Erfahrungs- und Handlungskontexten gewinnt. Die gewinne ich nicht, indem ich nur an der Tafel irgendwelche Sätze schreibe und vielleicht Regeln institutioneller Art verstanden habe. Ob ich sie damit teile, ist eine ganz andere Frage. Und das ist meine grundlegende Einschätzung zum Verhältnis von Engagement, sozialen Bewegungen und politischer Bildung: Das muss ein lebendiger Reproduktionszusammenhang sein, in dem Erfahrungen, Engagement, auch Protest offen bleiben für gemeinsames Reflektieren, offen bleiben für gute Argumente, die vielleicht das eine oder andere neu beleuchten. Ich glaube, das ist der erforderliche Weg für die politische Bildung, dass man sich in diesen praxis- und erfahrungsbezogenen Handlungsräumen als politische Bildung mit ihren Deutungsmöglichkeiten anbietet. *Civic education* und kommunale Bildungslandschaften sind maximal offene Konzepte, um diesen Zusammenhang noch einmal neu zu denken.

DIE: *Noch eine Frage zu den Engagierten: Bei freien Angeboten in der Erwachsenenbildung zeigt sich bei den Teilnehmenden ein deutlicher Mittelschichtsbias. Wie sieht es bei Bewegungen und Engagement aus?*

Klein: Auch das bürgerschaftliche Engagement hat eine deutliche Ausbuchtung bei den aktiven Mittelschichten. Soziologische Milieuansätze können das gut

anschaulich machen. Der oft vorkommende Versprecher vom »bürgerlichen Engagement« spricht denn auch das Engagement der Mittelschichten als eine soziologische Kategorie an. *Bürgerschaftliches Engagement* ist hingegen normativ gemeint als das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger und damit ein inklusives Konzept, das sich auch jenseits formaler Staatsbürgerschaft auf alle Einwohnerinnen und Einwohner in den Kommunen erstreckt.

Das bedeutet aber auch, dass die aktuelle Debatte über soziale Gerechtigkeit systematisch mit dem Teilhabeargument verbunden werden muss. Inklusion im Sinne von Teilhabe ist für Selbstwirksamkeit eine *conditio sine qua non* und diese Selbstwirksamkeitserfahrungen in der zivilgesellschaftlichen Praxis sind Katalysatoren für die Entwicklung zentraler Werte der Demokratie. Das wiederum bedeutet, dass wir uns die Frage stellen müssen, wie wir Gruppen, die eher engagementfern sind, in zivilgesellschaftliche Handlungs- und Erfahrungsräume integrieren, in denen Selbstwirksamkeit erfahren werden kann.

DIE: *Wie kann man die Engagement-Fernen denn erreichen?*

Klein: Diese Frage ist nicht trivial. Sie ist extrem stark mit dem Bildungsfaktor verbunden, mit der sozialen Selektivität des Bildungssystems, mit der Art und Weise, wie wir in formalen Bildungseinrichtungen den Weg zu non-formalem und informellem Lernen bahnen oder eben auch nicht bahnen. Und sie ist verbunden mit einer Sozialpolitik, die sich auch als Ermöglichungspolitik für aktive Bürgerschaft versteht – Stichwort soziale Bürgerrechte: So wäre es durchaus vorstellbar, künftig den Beziehern von Hartz IV ohne Auferlegung von Sanktionen eine umfänglichere Praxis in den Handlungsfeldern der Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Dies böte ihnen informelle und non-formale Lernchancen – die Anschlüsse an das formale Bildungssystem sollten dann freilich systematisch mit entwickelt werden.

Wir müssen die Herausforderungen für die Inklusion und Teilhabe auch derje-

nigen ernst nehmen, die eben nicht als Mittelschichts- oder Oberschichtszugehörige mit Bildung und Bildungsressourcen bestens versehen sind und die die Voraussetzungen für Engagement nicht immer schon mitbringen. Claus Offe hat darauf hingewiesen, dass aufsuchende Formate der Engagementförderung sehr viel stärker auf die nicht sozial selektiven Medien der Musik, der Kunst, der Religion und des Sports zurückgreifen sollten. Dies sind Bereiche, in denen nicht nach Bildungsstand selektiert wird und in denen Gemeinschaftserfahrungen und kooperatives Handeln möglich sind. Damit sind es also Bereiche, die für Inklusion und Integration zentrale Bedeutung haben.

»Zivilgesellschaft ist kein ungleicher- und machtfreier Raum«

DIE: *Gibt es etwas, das Sie sich für die Zukunft zivilgesellschaftlicher Arbeit wünschen?*

Klein: Wir müssen uns auch in der Zivilgesellschaft klar sein, dass sie kein ungleichheitsfreier, machtfreier Raum ist. Die Infrastrukturen und Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements müssen – im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Strukturpolitik – reflektiert und qualifizierend begleitet werden. Es wäre sinnvoll, wenn ein integriertes Curriculum für das Hauptamt in zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen die Wissenshorizonte und Bedarfe der Förderung von Engagement, Partizipation und einer Stärkung von zivilem Handeln systematisch integriert. Zu den erforderlichen Kompetenzen gehören Vernetzung, Fortbildung und Information für Engagierte sowie Internet- und Kommunikationskompetenzen. Aber auch die Zugänge zu politischer Bildung gehören in solch ein Curriculum. Vielleicht könnte die Bundeszentrale für politische Bildung ein Ort sein, in dem Praxis, Wissenschaft und politische Bildung ein solches Curriculum gemeinsam beraten?

DIE: *Wir danken Ihnen für dieses anregende Gespräch!*